



lassen für die Schuhindustrie gebildet. Seit April 1920 ist dieser Reichslohntarif durch zentrale Verhandlungen bis zum 31. März 1922 verlängert worden.

Im Schuhgewerbe setzte 1919 an zahlreichen Orten eine lebhafteste Bewegung zur Revision oder Neuabfassung von Lohnverträgen ein.

Aber die Entwicklung der Lohnverträge in unserem Gewerbe, über die wir seit 1907 Statistik führen, unterrichtet die folgende Aufstellung. Es bestanden 1907 73 Verträge für 8147 Betriebe mit 11 087 Personen

1908 78	5520	10 197
1909 78	4954	10 428
1910 115	6261	14 245
1911 124	5762	14 068
1912 168	6471	14 642
1913 180	6369	15 245
1914 125	4709	14 239
1915 130	3427	7 075
1916 132	3731	7 648
1917 118	3810	15 106
1918 85	3259	76 921
1919 159	8575	102 098

Am 31. Dezember 1918 bestanden somit 65 Tarifverträge für 3259 Betriebe mit 76 921 Personen, wovon 38 035 Mitglieder des Zentralverbandes der Schuhmacher Deutschlands waren. Von diesen 65 Tarifen galten für das Handwerk 63 Tarife für 2694 Betriebe mit 3540 Personen, davon 1215 im Zentralverband organisiert; ferner in der Schuhfabrikation 2 Tarife für 565 Betriebe mit 78 381 Personen, wovon 36 890 Verbandsmitglieder waren.

Im Jahre 1919 nahm das Vertragswesen folgende Entwicklung:

	Tarife	für Betriebe	Personen	Verbandsmitglieder
Ende 1918 bestanden	65	3 259	76 921	38 035
Im Laufe des Jahres erledigten sich	56	2 220	76 656	37 799
Auf 1920 blieben fortbestehen	9	99	423	289
1919 wurden neu abgeschlossen	150	9 476	101 675	79 087
Am 1. Jan. 1920 bestanden also	159	9 575	102 098	79 376
Ein Vergleich mit dem Vorjahre ergibt folgendes:				
Ende 1918 bestanden	159	9 575	102 098	79 376
Ende 1919 bestanden	65	3 259	76 921	38 035

Sunahme 1919 94 6316 25 177 41 341  
Mehr als 100 000 Personen unseres Berufes stehen demnach heute unter Tarifvertrag. Das ist ein überwältigender Fortschritt des Lohnvertragsgedankens, denn 1908 noch sind nur ungefähr 10 000 Personen unter Lohnverträgen beschäftigt gewesen.

Im Jahre 1919 sind nicht weniger als 150 Neubeschlüsse von Lohnverträgen erfolgt, da die größte Zahl der früheren Tarife gegenstandslos geworden war. Die Mehrzahl der Tarife, 140, für 6922 Betriebe und 100 576 Personen, konnten zum Abschluß gebracht werden auf dem Wege trieblicher Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmervertretern. In zehn Fällen, die sich auf 564 Betriebe und 1099 Personen bezogen, kam es wegen mangelnden Entgegenkommens der Arbeitgeber zu Streiks der Arbeiter, die dann doch schließlich durch den Abschluß von Tarifverträgen beigelegt werden konnten. Diese Streiks betrafen sämtlich die handwerksmäßige Schuhmacherei. Aber auch in der Schuhindustrie kamen nach dem Abschluß des zentralen Tarifs Konflikte vor, die zu zeitweiligen Arbeitseinstellungen führten, weil einzelne Unternehmer dem Tarife nicht nachkommen wollten; das „Faschblatt“ hat an anderer Stelle hierüber schon berichtet.

Ende 1919 verzeichnet die Statistik 94 Verträge mehr und 25 177 Personen mehr als Ende 1918, die unter Tarifvertrag standen. Von den 159 Tarifverträgen am Jahreschluss 1919 kennzeichnen sich 155 als Ortsstarife, 3 als Bezirksstarife und einer als Reichstarif. Die Ortsstarife betreffen sich sämtlich auf das Schuhmacherhandwerk. Ein Reichstarif erstreckt sich auf die militärischen Werkstätten Bayerns, die zwei anderen auf orthopädische Schuhmacherwerkstätten verschiedener Städte. Als dem Reichstarif für die Schuhindustrie unterliegend wurden 1751 Betriebe mit 88 055 Personen, wovon 70 719 Verbandsmitglieder, durch die Statistik festgestellt. Da dieser Reichstarif Rechtsverbindlichkeit für die gesamte Schuhindustrie besitzt, ist die unter ihm stehende Personenanzahl noch größer; eine genaue Feststellung ließ sich mangels allseitiger Berücksichtigung nicht erreichen. In einigen Industrieorten: Buralundstadt, Birmalens, Mainz, Hamburg, Berlin und Weisensfels kamen Sondervereinbarungen zustande, die über das im Reichstarif Vereinbarte hinausgehen. Als besondere Verträge wurden diese Vereinbarungen in die Statistik nicht aufgenommen. Maßgebend für die Statistik ist nur der Reichstarif für die Schuhindustrie, da er durchweg in allen Fabriken Gültigkeit besitzt.

Im Schuhgewerbe sind im Jahre 1919 149 Lohnverträge für 725 Betriebe mit 13 620 Personen neu zustande gekommen. 9 Verträge für 99 Betriebe mit 422 Personen bestanden noch aus früheren Jahren. So daß am Jahresabschluss insgesamt 158 Verträge für 7824 Betriebe mit 14 643 Personen bestanden, von wieweiler 8657 Verbandsmitglieder waren.

Der Hauptvorwand unseres Verbandes hat sich sehr darum bemüht, Verhandlungen mit den Arbeitgeberorganisationen des Schuhmacherhandwerks wegen des Abschlusses eines Reichslohntarifs für das Handwerk zu

hande zu bringen. Der Bund der Schuhmacher-Zunungen hatte anfänglich seine Unabhängigkeit erklärt. Ein Bundesrat der Schuhmacher-Zunungen in Frankfurt a. M. im September 1918 ausrichtete die Zusammenkunft mit unserem Verband bezüglich der Schließung eines Reichslohntarifs in Verbindung zu treten. Im Juli 1918 ging unserem Verband von dieser Seite ein Tarifentwurf zu. Die darin vorgeschlagenen Beschlüsse waren aber so minimal, daß wir diesen Entwurf nicht als geeignete Grundlage für die dringliche Verhandlungen ansehen konnten. Wir konnten auf die Inanspruchnahme örtlichen Tarifabschlüsse verweisen, die bedeutend höhere Löhne vorzuziehen, als die angebotenen. Ein neuer Vorschlag von Seiten der Meisterorganisation, um den wir gebeten hatten, ist bisher noch nicht erfolgt.

Die 1918 an den einzelnen Orten im Schuhmacherhandwerk zustande gekommenen Tarifverträge weisen inhaltlich in bezug auf Vertragsbestimmungen noch manche Mängel auf. Es fehlt in Form und Inhalt verhältnismäßig manches, was man für einen ordentlichen Tarifvertrag voraussetzen muß. So ist z. B. über Einstellung der Arbeitspausen in vielen Tarifen gar nichts gesagt. Das ist aber die Vorbedingung für die Einhaltung einer geregelten Arbeitszeit überhaupt und ohne Regelung der Pausen wird die Einhaltung des Achtstundentages sehr in Frage gestellt. Die aktuelle Frage der Entlohnung der Lehrlinge, auch die Frage der Gewährung von Ferien ist nur in einer Anzahl von Tarifen zum Gegenstand des Vertrages gemacht worden.

Man hat den Eindruck, daß es der Allseitigkeit vor allem erst einmal darauf ankommt, die wichtigsten Punkte der Lohnfrage, einer Regelung zuzuführen. Bei Aufstellung künftiger Tarife muß wieder darauf gesehen werden, den Inhalt der Verträge nach jeder Richtung zu vervollständigen. Die Mehrzahl der abgeschlossenen Tarifverträge sind ohne bestimmten Ablauftermin, also ohne unbestimmte Zeit abgeschlossen, und können jederzeit, gewöhnlich mit monatlicher Frist, gekündigt werden. Dies entspricht der noch sehr schwachen Wirtschaftslage, die noch nicht den nötigen Akzeptanz erreicht hat, um eine Festlegung auf bestimmte Löhne für längere Dauer zuzulassen. Bestimmte Ablauftermine zu vereinbaren ist demnach deswegen vermieden, damit notwendig werdenden Neuabmachungen und Tarifrevisionen nichts im Wege steht.

Inwieweit den Arbeitern im Schuhmacherhandwerk vertraglich ein Erholungsurlaub zugewidert ist, hat das Faschblatt kürzlich berichtet. Was die Lohnregelung anbelangt, so machte sich bei den neuen Tarifen überall das Verlangen nach Vereinfachung des Lohnwesens geltend. Eine ganze Anzahl Orte haben den Akkordlohn beibehalten, oder wenigstens ist die Klassifizierung der Akkordarbeit nicht mehr so hart wie früher auf die Spitze getrieben worden. Das ist auch notwendig, wenn eine Grundlage für einen Reichstarif geschaffen werden soll. In manchen Betrieben scheint uns beim Zeitlohn in der Klassifizierung nach dem Alter des Suten zu viel getan worden zu sein.

Das dringende Verlangen auf Durchführung eines Reichslohntarifs oder wenigstens von Bezirksstarifen wird sich nur realisieren lassen, wenn an das bereits Bestehende angeknüpft wird. Je einfacher die Dinge liegen, umso leichter läßt sich dann ein Aufbau finden. Nach den Tarifen von 1919 ist an 32 Orten die Akkordarbeit gänzlich beseitigt. Des weiteren ist in Bremen, Ebingen, Solingen und Rostock Akkordbezahlung nur noch bei Helmarbeit vorgekommen. Es liegt ja in der Natur der Sache, daß entsprechend der unterschiedlichen Lebenshaltung in den verschiedenen Orten ein Reichstarif zu seinem Aufbau mehrere Ortsklassen zur Grundlage haben wird. Was aber die Lohnfestlegung nach Altersklassen betrifft, so braucht diese kaum so stark gestiebert zu sein, als wie es im Tarif für Schuhfabrikarbeiter der Fall ist. Im Gegensatz zum Fabrikarbeiter hat jeder Schuhmachergehilfe eine dreijährige, ja sogar vierjährige Lehrzeit durchzumachen gehabt. Es hat gar keinen rechten Sinn, den Lohn eines ausgebildeten Gehilfen noch nach verschiedenen Altersklassen zu gliedern. Bei Vorklegung der Frage, wie soll ein Reichstarif aussehen, wird man dies in Rücksicht ziehen müssen.

Als dritte Abwägungsart war für unsere bisherigen Tarife noch die Abstufung nach Qualität der Erzeugnisse sehr beliebt. Das ist eine der weiteren Schwierigkeiten, die bei dem Aufbau eines Reichstarifs zu lösen sind. Denn ein Reichstarif soll auf jeden Ort anwendbar sein, und doch muß mögliche Einfachheit angestrebt werden. Eine Abstufung nach verschiedenen Ortsklassen, mehreren Altersstufen und schließlich auch nach der Arbeitsqualität bedingt aber ein großes Durcheinander von Unterabteilungen. Wenn man bedenkt, daß es Aufgabe der Tarife sein soll, den Arbeitern ein gewisses Existenzminimum zu sichern, so wird man gar zu viele Abstufungen als überflüssig betrachten müssen. In Wirklichkeit gibt es nur ein Existenzminimum für alle. Hauptbestand eines Reichs- oder Bezirkslohntarifs wird es sein, eine unterste Grenze für die Entlohnung festzusetzen, unter der absolut nicht gezahlt werden darf. Daß höhere Leistungen oder qualifiziertere Leistungen besser bezahlt werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Nach Möglichkeit muß der Tarif auch darauf Rücksicht nehmen. Im übrigen muß ein Tarif immer als Minimaltarif angesehen werden. Das heißt, einzelne Arbeitergruppen müssen die Möglichkeit haben, für bessere Leistungen einen höheren Lohn zu vereinbaren.

Die meisten Tarife weisen nur noch eine Lohnklasse auf, nur wenige Orte: Hamburg, Mainz, Würzburg und Rahlstedt haben noch drei Lohnklassen in ihrem Tarif.

Bei einer allgemeinen Durchsicht der Tarife von 1919 hat man die Empfindung, daß an einzelnen Orten die Beschlüsse zu leicht geneigt gewesen sind, ihre Unterschrift unter einen Vertrag zu setzen, der inhaltlich eigentlich nicht befriedigen konnte. Das mag allerdings dem Drange entsprochen haben, nur wieder zu einigermaßen geregelten Lohnverhältnissen zu kommen. Sind die Angehörigen der Unternehmer nicht groß genug, so wird man, je nach den Umständen, lieber auf den Vertrag verzichten. In den meisten Fällen wird bei Tarifabschlüssen natürlich viel davon abhängen, ob die Gehilfenchaft genügend organisiert ist. Es ist dann Gelegenheit gegeben, zu geeigneter Zeit erneut an die Unternehmer mit Forderungen heranzutreten.

Inzwischen sind ja nun zwei Bezirkslohntarife zustande gekommen; ein solcher für den Reichsstarif, der andere für das Gebiet des Großraumes Baden. Derjenige für Baden hat vier Ortsklassen; in Baden kam man mit drei Ortsklassen aus. Die in den Verträgen festgelegten Löhne erscheinen heute schon wieder als durch die Teuerungverhältnisse überholt.

Jede Gelegenheit, die Tarife überall auszubauen und die Löhne auf eine angemessene Höhe zu bringen, muß ausgenutzt werden. Voraussetzung dazu ist, daß die Kollegen überall mit der Festigung ihrer Organisationen dazu die Vorbedingung schaffen. Wenn überall mit Energie gearbeitet und vorgegangen wird, dürften wir auch zu Gunstigen gelangen, die es ermöglichen, die vorhandenen Tarife auf eine Höhe zu bringen und durch Bezirksstarife oder durch einen Reichslohntarif für das Schuhmacherhandwerk abzulösen.

## Die drohende Stilllegung der Schuhfabriken.

Aus den Kreisen der Schuhmacher wird uns geschrieben: Seit Kriegsende bis April dieses Jahres war in der Schuhherstellung ein sehr guter Geschäftsgang sowohl im Handwerk wie auch in der Industrie zu verzeichnen. Der Bedarf der Bevölkerung an Schuhwaren war so groß, daß alle produzierten Waren, auch die zum Teil sehr minderwertigen, abgesetzt wurden. Daraus ergab sich eine große Zunahme der Betriebe in der Schuhwarenherstellung und Reparatur. Als im August 1919 die Leberzwangswirtschaft aufgehoben wurde, begründeten die Unternehmer dieses mit dem umfangreichen Schleißhandel und behaupteten, es sei notwendig, die Inlandspreise an die Weltmarktpreise zu bringen. Der Vertreter unseres Verbandes, Kollege Simon, erkannte die Gefahr und erklärte bei Aufhebung der Leberzwangswirtschaft, daß eine kolossale Preissteigerung die Folge sei, der Absatz unmöglich und damit eine große Arbeitslosigkeit eintreten werde; die schlimmsten Befürchtungen wurden durch die Tatsachen überholt. Eine wahnsinnige Preissteigerung trat ein. Die deutschen Leder- und Schuhpreise haben nun die Weltmarktpreise überschritten. Der Verdienst der Arbeiter hat mit dieser Preisentwicklung nicht gleichen Schritt gehalten. Auch die Unternehmer in der Schuhbranche weigerten sich, die Löhne der Arbeiter den Weltmarktpreisen anzupassen. Da der Gewinn der Unternehmer der gleiche Prozentsatz blieb, hatten diese ein großes materielles Interesse an der Preissteigerung. Je höher der Preis der Schuhe und Reparaturen wurde, um so größer wurde der Gewinn der Unternehmer. Die Preisprüfungsstellen mußten sich oft mit der Preisbildung und Gewinnerhebung der Schuhbranche beschäftigen. Nachdem im April der Sturz der Futurpreise eingetreten ist, stößt nun der Absatz der Schuhwaren vollständig. Die Schuhfabriken arbeiten seit einigen Wochen nur noch 24-30 Stunden in der Woche. Bis auf einige kleine Fabrikanlagen haben die Unternehmer vielen Arbeitern gekündigt. Dadurch werden allein in der Mitte Juni 800 bis 1000 in der Dresdener Schuhindustrie beschäftigte Personen arbeitslos. Durch die von den Unternehmern verlangte und daraufhin durchgeführte Aufhebung der Leberzwangswirtschaft werden die Arbeiter existenzlos und sind auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen. Die Arbeiter verlangen von der Regierung Zwangsmassnahmen zur Senkung der teuren Schuhpreise. Die Schuhpreise müssen so bemessen sein, daß die Bevölkerung in der Lage ist, ihren Bedarf zu decken. Wenn bei der Durchführung der Preisenkung einige Personen ihre Unternehmerrisikofähigkeit verlieren, so ist das gegenüber der Schmach der Bevölkerung und der Arbeitslosigkeit der Arbeiterchaft das kleinere Übel. In letzter Linie kann die Unsicherheit der heutigen Wirtschaft nur durch eine andere Wirtschaftsform beseitigt werden.

# Schwarzarbeiter! Vor die Front!

Der Verbandstag von Rürnberg ist vorüber. Viele aus unseren Reihen haben auf demselben gefordert, daß von jetzt an Zeichen zu bestimmter Zweckbestimmtheit unter den Schwarzarbeitern genommen würde. Von dort mußte der Kampfzug durch Deutschlands Gänge gehen: „Schwarzarbeiter, vor die Front!“ Nichts von dem ist geschehen. Still, fast gar nicht ist es dort für uns gesungen. Das Referat Hiltnermanns hat diesen Vorwurf seinen Mitarbeitern. Warum dort keine Delegation der Schwarzarbeiter vertreten, die antrittend diese Unterlassungsünde bestrafen? Was keine unter ihnen, die Worte für sein und seiner Kollegen Mord sind? Es muß wohl so gewesen sein, sein Bericht sagt, daß es anders war. Hiltnermanns Rede, die Schwarzarbeiter sind nicht schuld, sie sollten sich besser organisieren, hier hat vom hohen Empore des Verbandstages jeder gut an. Es wäre besser gewesen, den Weg zu zeigen, um dieses zu erfüllen. So ist es nun die Pflicht der Schwarzarbeiter, sich selbst zu helfen. Von unten kommt nun der Druck kommt, der vorwärts treibend den Weg sucht, der zur Höhe führt. Zu diesem Zweck ist es nötig, unsere Helfer und die unserer bisherigen Agitationsmethode zu erkennen. Als Hauptaufgabe stellt sich die Teilnahmeleistung der Schwarzarbeiter für ihre Interessen im allgemeinen fest. Ihre Beschäftigung in vielen Kleinbetrieben trägt mit dazu bei, dieses Uebel fast als unabweisbar zu bezeichnen. Das Gefühl der Solidarität ist bei ihnen nicht so entwickelt, wie das bei den Fabrikarbeitern der Fall ist. Diese helfen kraft ihrer Vereinigung innerhalb eines Betriebes schon offensichtlich eine Wacht dar, die selbst die Schwermöglichten nicht entgehen. Weiter kommt noch der Gang hinzu, vielleicht doch einmal die Selbständigkeit zu erringen. Als Werbungsmittel ist dieser Kollege eine schwere Last, die immer bereit ist, als Wagenheber die Früchte unserer Arbeit zu genießen. Das vielgerühmte Mittel, die tariflich vereinbarten Löhne dürfen nur den Mitgliedern der Vertragspartei gezahlt werden, vermag bei diesen Hartnäckigen nicht, ist auch sprachpraxisgemäß nicht haltbar.

Der Teilnahmeleistung der Indifferenten muß man die Arbeitslose eines großen Teiles unserer langjährig organisierten Kollegen zur Seite stellen. Jeder, der in der Deutscherwaltung einer Schwarzarbeiterzelle tätig ist, weiß, wie minimal der Preisgeld ist, die sich aufopfernd der Allgemeinheit zur Verfügung stellen. Die notwendigen Arbeiten einer Zelle sind schon unter diesem Mangel an Opfern nicht mehr, wie es sich mancher bekümmert. Nicht nur, daß vieles unterbleibt, sondern auch dem Tätigsten jenseit einmal die Geduld, sich jahrelang für andere abzumühen und abendlich noch Besuche einzuholen zu müssen. Die Folge ist mangelhafte Erfüllung ihrer Pflichten, die wiederum ihre Auswirkungen in dem schlechten Lohn und den traurigen Arbeitsverhältnissen zutage treten. Das sind Erscheinungen, die so oft sind wie die Bewegung selbst.

Als weiterer Grund für das Rückwärtskommen ist der lose Zusammenhang der Zellen anzusehen. Was weiß die eine Zelle von der anderen, soweit sie nichts. Alle zwei Jahre sehen sich ihre Angehörigen auf den Bezirkskonferenzen, geben kleine Berichte, die meistens häuslichen Streit ausfüllen und gehen dann so wieder nach Hause, wie sie gekommen sind. Die Zeit ist für diese Zusammenkünfte zu kurz bemessen und streng sachlich nur das zu sagen, was der Allgemeinheit dient, daran halten sich die Wenigsten. Man kann diese Anormität, aus dem Geiste zu fallen, nicht etwa den betreffenden Personen zuschieben. Die Struktur der gewerkschaftlichen Erziehung ist hier der Hauptfehler. Diese zu vervollkommen ist unsere Pflicht! Aber wie? Zur besseren Illustration des oben Gesagten möchte ich auf die Bezirkskonferenz des vierten Bezirks in Essen zurückgreifen. Ich führe diesen hier an, weil ich persönlich diesen Bezirk kenne, in den anderen wird es auch nicht anders sein.

Aus allen Berichten, die dort von Schwarzarbeitern gegeben wurden, hörte man den dunklen Unterton heraus, daß was getan werden müsse, um einen besseren Zusammenhang zwischen den Zellen zu schaffen. Der Zentralvorstand soll dafür sorgen, das was die Parole. Woher kam nun das Gefühl, daß was geschehen müsse? Die Ursache muß doch in der Mangelhaftigkeit der gewerkschaftlichen Funktion liegen. Die Klagen von Essen schänten als greifbares Resultat erstmals die überlegene Organisation der Arbeitgeberseite gegenüber der unserer heraus, die es verstanden hat, eine Stadt gegen die andere auszuspielen. Das „kleine Buch“ von Dortmund, das im vorigen Jahre in den Rheinisch-Westfälischen Landen soviel Verwirrung bei Lohnverhandlungen angerichtet hat, hätte nicht den traurigen Ruhm errungen. Lohnrückfrage zu sein, wenn die Verbindung der Rheinisch-Westfälischen Städte eine festere gewesen wäre. Wäre mir in Essen nicht die Redezeit auf 5 Minuten beschränkt worden, so daß ich Kollege Weber sein Bedauern darüber auszusprechen würde die Klage nicht bestehen, die zwischen Dortmund und den weiteren Weiten herrscht. In Essen sind sonst keine Vorklänge gemacht worden, weshalb nicht solche, die das Uebel an der Wurzel gepackt hätten. Halbamtliche Anstellungen von beschäftigten Kollegen in größeren Städten zur Mitarbeit der näheren Umgebung bringt keine durchgreifende Besserung, wenn nicht abgegrenzte Gebiete in feste Lohnverträge gezwungen werden.

Dies sagt aber gerade der Überbringer zu unseren Reihen selbst. In Essen verneinte man den Weg, der uns Schwarzarbeiter einen tüchtigen Schritt vorwärts bringen können: das Zusammenarbeiten bestimmter Wirtschaftskreise. Ihr einen Bezirkstag war der größte Teil der Schwarzarbeiter nicht zu haben. Das war bedauerlich. Diese Verschiedenheit der Meinung über die Bewertung von Reichs- oder Bezirksarbeit ist aber nicht nur auf den obersten Bezirk beschränkt. Sie reicht über ganz Deutschland, vornehmlich aber in jenen Gebieten mit feiner Magarbeit. Gerade unter diesen Kollegen ist die Abneigung sehr groß wegen der Befürchtung einer Einkommensverminderung. Wo bleibt die Solidarität? Haben alle jene Borneier des Großstadtbereichs, die einmal die Wirkungen der Ortstarife überlebt, noch keine die Durchkreuzung durch den außerordentlichen Bezug bemerkt? Können Ortstarife die Agitationskraft entfalten, wie es Tarifstarife möglich ist? Vorzeitig keine jener „Blinden“ die Bestrebungen der Arbeitslosen, ihre weitverzweigte Organisation. Staudt ihr nicht, der Novemberstreik hätte bloß Arbeitermassen ergriffen. Echt auch einmal die festgelegten Bezirks- und Provinzialverbände des Bundes Deutscher Schuhmacher-Zunungen an, die ihnen, was ich wenigstens für Westfalen gehalten muß, noch nicht genügen. Hier heißt haben dem Provinzialverband als Teil des Bundes eine besondere Dampforganisation, die Interessengemeinschaft der Schuhmacher-Zunungen des engeren westfälischen Industriebezirks, dessen Einfluß reicht mit über die alten Hiltnermanns Stappe-Ordnung. Gegenüber nach der Dortmunder Lohnbewegung im Mai vorigen Jahres zu dem ausgesprochenen Zweck, Ankerstellungen bei Arbeiterkämpfen ihren Mitgliedern anzubieten zu lassen. Nicht in papierenen Ausschuss-Kommisionen, sondern in Vertretung von Streikmassen und gemeinsamer Trägung der durch diesen Akt entstehenden Kosten. In vielen Verhandlungen mit diesen Leuten habe ich selbst erfahren müssen, mit welchem Geschick dieselben operieren. Auf ihrer Tagung im November vorigen Jahres, kurz vor dem Dortmunder Streik, hat einer ihrer Wortführer es deutlich ausgesprochen: Es wird zum Kampf (gemeint ist der Dortmunder Streik) kommen, jetzt muß ich bewahren, ob der Zweck unserer Vereinigung erreicht werden kann. Die Eindämmung der Schiffsforderung durchzuführen, ihnen das Rückgebot zu machen. Die Meisterhaft muß beweisen, daß sie auf der Höhe steht. Der Kampf tobte 14 Tage bei absolutem Stilllegen jeder Werkstatt mit Gefallen. Auf Seiten der Kollegen mit beklagenswerter Begeisterung, der Gegner mit lachendem Gleichmut; der Schiedsgericht des Reichskommissars beendete das Ringen. Demnach spürten wir hier das tadelloste Funktionieren dieser Neugründung. Ja, meine Herren Ortstarifer, ihr seht, wie es scheint, nicht auf brodelndem Boden! Echt auch einmal Lohnstarke eurer Umgebung an, vielleicht findet ihr, daß zehn Wegstunden von euch nur die Hälfte eures Lohnes Tage ist! End dort die Lebensbedingungen soviel Prozent niedriger, wohl kaum. Wartet ihr es diesen Kollegen dann verdrängen, wenn sie in euer Heiligtum einbringen? Bringt das keine Überfüllung des Arbeitsmarktes mit sich, die meistwerts eine stillschweigende, duldende Lohnreduzierung mit sich bringt; jeder will arbeiten, nicht wahr! Das ist ja auch Hiltnermanns Standpunkt in seinem Referat auf dem Verbandstag, die Kollegen halten ihre eigenen Tarife nicht. Und wenn dem nicht so wäre, sind die Kleinhandlöligen nicht Menschen, die nach den dortigen Verhältnissen entlohnt werden müssen? Kennt ihr nicht das schöne Wort: „Alle Menschen gleich geboren sind von edelstem Geiste“?

Der Gegner kennt nur einen Willen, die Verbindung des Nachwachsenden der Arbeiterklasse. Spürt ihr nicht die seine Ironie, daß sich steigende Nachtbewußtsein der Schuhmacher-Zunungen. Das Angebot des Bundes Deutscher Schuhmacher-Zunungen muß sich Schwarzarbeiter aus dem Träumen reißten. Die Einheitsfront für den Großstadtbereich muß geschlossen werden als Antwort für den 50 Pfennig-Hohn mit ganzen (40) vierzig Pfennig Feuerungszulage. Nur ein Gedanke darf uns befeelen, ein Wille muß uns durchdringen. Kollegen in Nord und Süd, West und Ost, werdt unablässig in Werkstatt und Betrieb!

Der Kampf muß sich von Mund zu Mund, Land auf Land abwälzen brodelnd zum kühnlichen Ozean erheben. Vorwärts, ihr Schwarzarbeiter! Vorwärts, vor die Front!

## Aus unserem Beruf.

Vom Reichswirtschaftsministerium wird uns über Ausfuhr von Luxusgütern folgendes Schreiben zu: Das Reichswirtschaftsministerium hat sich mit Rücksicht auf die zurzeit auf dem Schuh- und Ledermarkt eingetretene völlige Geschäftsstörung dafür entschieden, die Ausfuhr von Luxusgütern widerrechtlich in gewissem Umfang freizugeben. Die Industrie soll so die Möglichkeit erhalten, ihre Arbeiter weiter zu beschäftigen. Die Ausfuhr wird nur für besonders hochwertiges Luxusgüter (insbesondere Lackgüter, Tanzschuhe, hochschöne Herrenanzugdamenkleider) erstellt und zwar ausschließlich an die Hersteller von Luxusgütern selbst. Außerdem bekommen die Schuhverarbeiter die Genehmigung zur Ausfuhr von Luxusgütern nur dann, wenn sie der Reichs Schuhverfertigung G. m. b. H. bis zur Hälfte der Anzahl der ausgeführten Schuhe Gebrauchsgüter zu besonders

wichtigen Preisen zur Verfügung stellen. Das Reichswirtschaftsministerium will auf diese Weise der Industrie und vor allem der in ihr beschäftigten Arbeiter eine Erleichterung verschaffen und gleichzeitig die Versorgung der mindereentwickelten Bevölkerung mit Schuhen fördern. Die Ausfuhr von Gebrauchsgütern wird nicht gestattet. Die Ausfuhr wird darauf beschränkt werden, daß diese auf dem Inlandmarkt abgesetzt werden. — Am die Schuh- und Lederindustrie wieder auf eine gesunde Grundlage zu bringen, bedarf es tiefer Eingriffe in diese der wahren Spekulation und dem Wucher verschaffenen Industrie. Das es soweit kommen konnte, trägt das Reichswirtschaftsministerium ein gestelltes Maß von Schuld.

Von der Dresdener Gütemarktion. Ueber den Verlauf der letzten Dresdener Gütemarktion berichtet eine Dresdener Tageszeitung folgendes: Die Marktion war nicht ganz einheitlich, anfänglich flau, brachte sie im ersten Teile Preisermäßigungen, später wurde sie fester, so daß gerade die Güter der Dresdener Vereinigung etwa 10 Prozent über den Preisen der letzten Marktion lagen, einzelne Geschäftsklassen sogar bis 15 Prozent. Die wirklich gezahlten Preise der Dresdener Güter waren:

Ruhe, Winter, Osten ohne Kopf	am 18. Mai	am 1. Juni
18-30 Pfd.	6,55 RM.	6,95-7,40 RM.
40-50 Pfd.	7,10 RM.	7,65-7,80 RM.
60 Pfd. und mehr	7,80 RM.	8,25 RM.
Kalkulationspreise		
18-30 Pfd.	6,55 RM.	6,70 RM.
40-50 Pfd.	6,95 RM.	7,00 RM.
60-70 Pfd.	6,10 RM.	6,85 RM.
80 Pfd. und mehr	5,90 RM.	5,80 RM.

Der Durchschnittspreis der aus über 300 Sorten bestehenden großen Marktion ist der, daß die Preise ungefähr die gleichen geblieben sind, als wie am 18. Mai, daß also von einem weiteren Preissturz nicht die Rede sein kann.

## Mitteilungen.

Dresden. Seit Kriegsende bis April dieses Jahres war in der Schuhherstellung ein sehr guter Geschäftsgang sowohl im Handwerk wie auch in der Industrie zu verzeichnen. Der Bedarf der Bevölkerung an Schuhwaren war so groß, daß alle produzierten Waren, auch die zum Teil sehr minderwertigen, abgesetzt wurden. Daraus ergab sich eine große Zunahme in der Schuhwarenherstellung und Reparatur. Als im August 1919 die Lebenszwangswirtschaft aufgehoben wurde, begründeten die Unternehmer dieses mit dem umfangreichen Schleißhandel und behaupteten, es sei notwendig, die Inlandspreise an die Weltmarktpreise zu bringen. Die Vertreter des Schuhmacherverbandes erkannten die Gefahr und erklärten bei Aufhebung der Lebenszwangswirtschaft, daß eine kolossale Preissteigerung die Folge sein, der Absatz unmöglich und dann eine große Arbeitslosigkeit eintreten werde. Die schlimmsten Befürchtungen wurden durch die Tatsachen überholt. Eine wahnwitzige Preissteigerung trat ein. Die deutschen Leder- und Schuhpreise haben nun die Weltmarktpreise überhöht. Der Verdienst der Arbeiter hat mit dieser Preisentwicklung nicht gleichen Schritt gehalten. Auch die Unternehmer in der Schuhbranche weigerten sich, die Löhne der Arbeiter den Weltmarktpreisen anzupassen. Da der Gewinn der Unternehmer der gleiche Prozentsatz blieb, hatten diese ein großes materielles Interesse, an der Preissteigerung. Je höher der Preis der Schuhe und der Reparatur wurde, um so größer wurde der Gewinn der Unternehmer. Die Preisprüfungsstellen mußten sich oft mit der Preisbildung und Gewinnberechnung der Schuhbranche beschäftigen. Nachdem im April der Sturz der Häutepreise eingetreten ist, ruft nun der Absatz der Schuhwaren vollständig. Die Schuhfabriken arbeiten seit einigen Wochen nur noch 24 bis 30 Stunden in der Woche. Bis auf einige kleine Schuhfabrikanten und die Hansjohannfabrikanten haben nun sämtliche Unternehmer allen Arbeitern gekündigt. Dadurch werden die Mitte Juni 800 bis 1000 in der Dresdener Schuhindustrie beschäftigten Personen arbeitslos. Durch die von den Unternehmern verlangte und daraufhin durchgeführte Aufhebung der Lebenszwangswirtschaft werden die Arbeiter existenzlos und sind auf die Arbeitslosenunterstützung angewiesen. Die Arbeiter verlangen von der Regierung Zwangsmassnahmen zur Senkung der teuren Häutepreise. Die Schuhpreise müssen so bemessen sein, daß die Bevölkerung in der Lage ist, ihren Bedarf zu decken. Wenn bei der Durchführung der Preisentwertung einige Personen über Unternehmerkaufman verlekten, so ist das gegenüber der Schußnot der Bevölkerung und der Arbeitslosigkeit der Arbeiterklasse das kleinere Uebel. In letzter Linie wird die Unsicherheit der heutigen Wirtschaft nur durch eine andere Wirtschaftsform zu beseitigen sein.

Kaunen i. S. L. Berzage nicht, im Auf-  
sein! Die letzte Entlohnung der Kollegen  
Schuhmacher-Gebilden brachte dieselben zur Erkenntnis,  
daß auch sie nichts mehr sind ohne Organisation. Deshalb  
erfolgte im November 1919 unter Mitwirkung der  
Kollegen der Zusammenfluß. Von den jetzt 15 über  
beschäftigten fanden sich erstmalig 13 und wurde die Zahl  
auf 20. Bereits im Januar dieses Jahres zeitigte sich die  
erster Erfolg mit 25 Prozent Lohnzulage ohne besondere  
Schwierigkeiten. Anders aber, als sie zum zweiten Male  
sich gezwungen haben, infolge der ständig steigenden Lebenshaltung, mit Lohnforderungen bei der Zunahme von

Wohlgemut zu werden. Hier entließen die Herren Meister ihren Geist und überlegten eine ernste Aufgabe. Mit Ausnahme eines einzigen Meisters. Am heftigsten polterte Herr B. und nicht zu vergessen das Haupt der Jungmänner. Mit der Begründung, da müssen die Dube ja bleiben! (Wie wohl! D. W.) Ja, man stelle die Geistes vor die Alternative. Sie sollten sich doch selbständig machen (weshalb ein Hohn doch nur hieraus spricht. D. B.). Vielleicht ginge so manchem Krücker ein Seifenleder auf, eventuell so manch mehreren Tugenden davon. Wir glauben auch gar nicht an diesem Unfug, sondern werden anstrengten unseren geraden Weg gehen, bis unser Ziel erreicht ist. Und sollten die Herren Meister ihren wohlüberlegten Plan zur Wahrheit machen, so glauben wir bestimmt, daß so manch einer daran denken würde, was ihn so mühselig in den Schopf, resp. ins Fortemontale lief. Werden doch hier Stundentlöhne von 1,50 bis 2,00 Mk. gezahlt. In gleicher Höhe halten sich die Altkrücker. Daß aber Lohn erhöhungen ohne Rechtteil der Kundenschaft gehandelt werden können, zeigt das Beispiel zweier hiesiger Meister. Da dieselben nach den letzten Verhandlungen ohne weiteres eine Zulage von 10 bis 15 Prozent gewährt. Also, Krücker, heran an den Feind, zum Kampf, ohne Gnade! Auch will man der sogenannten Hilfsarbeit nach Feierabend entgegenarbeiten, nicht mit Anrecht — aber, da soll man erst die Wehlfäden so entlohen, daß sie nicht nötig haben, nach Feierabend zu Hause noch zu arbeiten. Dieses ist das einfachste Mittel und die Herren Meister sind den bösen Wölfen.

**Coblenz.** Infolge Arbeitslosigkeit im Fabrik- wie Schloßgewerbe warnen wir vor dem Zuzug nach Coblenz.

**Stuttgart.** Zu dem Meinungsaustrag der Kollegen Philipp Wittlich contra Georg Hiller-Stuttgart, welcher leider die kollegialen Grenzen überschritten hat, sieht sich die Ortsverwaltung veranlaßt, folgendes festzusetzen:

Der Unterzeichner der Artikel mit Georg Hiller ist nicht unser Ortsamter Jaak Hiller.

Dies den vielen Zweifeln und Anfragern zur Kenntnis.

**S. H. der Ortsverwaltung: J. Hiller.**

**Riesa.** Der Kollege Eric Schönfeld, geb. am 16. August 1890 in Buchardt, eintr. am 12. April 1920 in Riesa, hat sich nach dem er hier einen Kollegen befohlen hat, von Riesa wahrscheinlich nach Oberföhlen entfernt. Wir ersuchen die Kollegen, falls er irgendwo auftritt, seine Adresse an den Kollegen Eric W. Liner, Riesa (Elbe), Friedrich-Lugwitzer 9, bei Couvert, sofort zu senden und evtl. seine Festnahme zu veranlassen. Der Wert der geforderten Sachen beträgt 1500 Mark.

**Mainz.** Achtung! Schöbarbeiter! Vor Zuzug nach Mainz wird in eigenen Interesse jedes Einzelnen gewarnt, da wir in einer Lohnbewegung stehen und die Meister unsere Forderungen abgelehnt haben. Die Ortsverwaltung.

**Münster i. W.** Die Schöbarbeiter der sich in einer Lohnbewegung. Zuzug ist streng fernzuhalten.

**Gewerkschaftst. m. p. f. und Wissenschaft.**

Die Krankenkassen haben in ihrer Mitgliederzahl im letzten Berichtsjahr (November 1919) zugenommen. Die Zahl der versicherungspflichtigen Mitglieder stieg um ein Prozent und zwar stetig sowohl die Zahl der männlichen wie die der weiblichen Mitglieder um je ein Prozent. Am 1. Dezember betrug die Zahl der männlichen Pflichtmitglieder 5160 000 und die der weiblichen 3160 000.

**Beruf und Unfall.** Nach dem Berichte der bayerischen Gewerkschaftsvereine über die Kriegszeit ist die Zahl der Unfälle in den Betrieben die gleiche geblieben wie vor dem Kriege, obwohl die Gesamtarbeiterzahl um 10 Proz. abgenommen hat. Und woher das? Weil die Arbeit in steigender Zahl von Jugendlichen und Frauen verrichtet wurde. Die Frauen und die Jugendlichen sind dem Kapitalismus, der sich vor der Anschließung sozialer Schutzmaßnahmen scheut, darum am meisten ausgesetzt.

**Zahnpflege und Volkswirtschaft.** Man zählt, daß etwa 30 Millionen Deutsche keine Zahnpflege anwenden. Nimmt man nun an, so könnte doch im In- und Ausland Arbeit für 30 Millionen "Rundlocher", daß von diesen 30 Millionen im Durchschnitt nur jede zweite bis dritte Person einen Tag im Jahre zweier Zahne wegen die Arbeit unterbrechen muß, so geben dadurch jährlich mindestens 27 Millionen Mark an Arbeitslohn verloren. Die meisten dieser Personen haben aber auch Zahnpflege verloren, so daß die Ergebnisse zum Teil, weil nicht gekaut, unbenutzt abgehen. Auch das beut einen

Verlust von mindestens 270 Millionen Mark. Die Schätzungen, die die neuesten Schätze und Preise nicht einmal berücksichtigt haben, lassen uns dennoch die große gesundheitliche und volkswirtschaftliche Bedeutung der Zahnpflege erkennen. Sie zeigen uns auch, wie wenig Volkswirtschaft und soziales Wohl zusammenhängen.

**Altersversicherung für Arbeiter in Argentinien.** Nach einer hochbedeutenden Zeitschrift, über die das "Reichsblatt" berichtet, hat die argentinische Kammer einen Gesetzentwurf angenommen, der Arbeitern in Privatunternehmen von öffentlichem Interesse eine Alterspension zugesichert. Es soll dort ein Pensionsfonds gebildet werden, aus dem den Arbeitern eine Alterszulage und beim Verlassen des Dienstes ein besonderer Zuschuß bezogen. Eine Unfallrente sowie auch Witwen- und Waisenpension zu zahlen ist. Die Altersrente wird nach 30jähriger Arbeitszeit mit vollendetem 55. Lebensjahre fällig. Zum Teil auch schon für 50jährige nach 20jährigem Dienste. So fähig der soziale Bedanke in der ganzen Welt vorwärts. Je mächtiger das Proletariat zusammenhält, um so mehr ist das Ausschließen des sozialen Gedankens bei uns gesichert.

**Bekanntmachungen des Zentralvorstandes**

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß für die Wahlen vom 14. Juni bis 20. Juni der 26. Wochenbeitrag fällig ist.

Die Zahlstelle Nürnberg hat in einer Mitglieder- versammlung am 11. Mai die Ergänzungswahlen zum Zentralvorstand vorgenommen und setzt sich nunmehr der Vorstand aus folgenden Personen zusammen:

- 3. Simon, 1. Vorsitzender
- R. Leg, 2. Vorsitzender
- P. Neuf, 1. Kassierer
- P. König, 2. Kassierer
- G. Weiderts, Getreide
- S. Bar, Weißger
- G. Hauenstein, Weißger
- H. Ober, Weißger
- Christine Bahn, Weißger
- Fr. Müller, Weißger
- Fr. Stutz, Weißger

**Ein die Ortsverwaltungen und Vertrauensleute.** Der bisherige Kassierer der Zahlstelle Julum in Schleswig, Johannes Jacobassa, geb. am 21. Mai 1894 in Admiss, eingetreten am 15. März 1919 in Julum, hat sich unter Annahme von Verbandsgebern von dort entfernt. Ferner hat sich auch der Kassierer der Zahlstelle Eplingen Robert Esport unter Annahme von Verbandsgebern von dort entfernt.

Wir ersuchen die Kollegen, dieselben im Betretungsfalle das Mitgliedsbuch abzunehmen und dem Vorstand unter Angabe der Adresse sofort Kenntnis davon zu geben, oder auch Strafanzeige gegen sie zu erstatten.

Nürnberg, den 12. Juni 1920.

Der Vorstand.

**Bekanntmachungen der Ortsverwaltungen**

**Meiningen.** Joh. Köhm, 1. Bev.; Willy Stübgen, 2. Bev.; Friedrich Stedter, 3. Bev. Unterhütungen zählt der 1. Bevollmächtigte in seiner Wohnung, Töpfermarkt Nr. 10 I, von 12-1 und 6-7 Uhr aus. Ebenfalls sind sämtliche Zuschriften an den 1. Bevollmächtigten zu richten.

**Literarisches.**

Nr. 10 der „Sozialistischen Gemeinde ist“ werden erschienen. Sie bringt Artikel über das neue Kommunalverwaltungsrecht, die Besteuerung des steuerfreien Einkommens, die Brennstoffknappheit und Sozialisierung der Tarifverträge, u. a. m. Wichtige Berichte über die Tätigkeit in den Gemeinden, eine hagenische Rundschau, Mitteilungen aus den Parlamenten und eine Literaturübersicht gestalten den Inhalt dieser Nummer unserer kommunalpolitischen Uebersicht besonders interessant. — Preis der Einzelnummer 50 Pfg. Abonnement pro Vierteljahr 3,00 Mk.

Wir möchten die Aufmerksamkeit unserer Leser auf die im Verlage Verlagsgesellschaft „Reichelt“ e. G. m.

**1. 2. Mitteilung Hochachtung, Berlin 12. Juni 1920.** Die Gewerkschaften in der Provinz Mecklenburg. Der Verfasser macht in dieser Schrift den Versuch, die Stellung der Partei zur Gewerkschaftsfrage eingehender zu begründen, ein Beginnen, das zur Klärung der grundsätzlichen und praktischen Streitfragen in unserer eigenen Reihen und zur Gewinnung neuer Anhänger für unsere Anschauung beitragen wird. Für die Arbeit schon ein Bedürfnis vorzuliegen, weil die Gewerkschaftsfrage nie so erschöpfend behandelt wurde, wie es ihrer Bedeutung entsprechen hätte. Sie wird geeignet sein, die Opposition in den Gewerkschaften, die sich jumeist nach in mehr oder minder mißverständlichen Schlagworten orientiert, mit theoretischem Gehalt zu erfüllen. Wir möchten besonders hervorheben, daß sich der Verfasser bei seinen Darlegungen Reis von den Notwendigkeiten und Besonderheiten der Gewerkschaftsbewegung leiten ließ. Und trotz der vorwiegend prinzipiellen Darstellung verfuhr er die Schrift nicht, auf die brennenden praktischen Gegenwartsfragen der Gewerkschaftsarbeit einzugehen, wie schon eine flüchtige Betrachtung der Kapitelstoffe lehrt. In einem ausführlichen Vorwort behandelt die Broschüre die Rolle der Gewerkschaften in den Kämpfen 1920.

Wir möchten daher die Broschüre zur Verbreitung unter den Funktionären und Mitgliedern der Organisation empfehlen. Der Ladenpreis beträgt 3,00 Mk.; die Organisationen erhalten die Schrift für 2,25 Mk.

**Bezirksleiter**

**für Bezirk 2, Württemberg und Baden gesucht.**

Durch die auf dem letzten Verbandstage erfolgte Wahl des Kollegen R. Der-Schüttgart zum 2. Vorsitzenden des Verbandes, ist die Stelle des Bezirksleiters für den Bezirk 2, Württemberg und Baden, neu zu besetzen. Gemäß den Bestimmungen des § 12, Ziffer 6 des Statuts bringen wir diesen Posten zur Bewerbung unter den Mitgliedern hiermit zur Ausschreibung. Nach dieser Bestimmung erfolgt die Wahl des Bezirksleiters auf der Bezirkstagesversammlung. Der Posten soll so bald als möglich angetreten werden. Das Gehalt eines Bezirksleiters richtet sich nach den Beschlüssen des letzten Verbandstages.

Reflektiert wird auf eine tüchtige Kraft. Die Bewerber müssen mindestens fünf Jahre dem Verbandsangehörigen und agitatorisch sowie organisatorisch vollkommen befähigt sein, den Posten eines Bezirksleiters bestreiten zu können.

Die Bewerber haben mit ihrem Bewerbungsschreiben einen kurz gefassten Aufsatz über die Aufgaben eines Bezirksleiters mit einzureichen. Aus dem Bewerbungsschreiben muß das Alter, die bisherige Beschäftigung sowie die Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung hervorgehen. Die Bewerbungsschreiben sind bis spätestens zum 1. Juli an den Vorstand einzureichen.

**Versammlungs-Kalender.**

- Mitglieder-Versammlungen.
- Utern. Montag, den 5. Juli, Mitglieder-Versammlung.
- Vortmund. Montag, den 21. Juni, abends 7 1/2 Uhr im Lokal Wilh. Wolf, Binnhaus, Ostwall 17.
- Guben. Montag, den 21. Juni, abends 7 1/2 Uhr in der „Reisballe“.
- Hannover. Montag, den 21. Juni, abends 7 Uhr im Restaurant-Geese des „Gewerkschaftshaus“, (Eingang durch Restaurant).
- Graubing. Montag, den 21. Juni, abends 7 1/2 Uhr.

**Inhalts-Verzeichnis.**

Sitzung des Verbandsrates. — Zur Lohnbewegung der Schuhmacher im Jahre 1920. — Die drohende Entlegung der Schuhfabriken. — Schöbarbeiter! Vor die Front. — Aus unserem Beruf. — Mitteilungen. — Gewerkschaftst. m. p. f. und Wissenschaft. — Verbands-Nachrichten. — Versammlungs-Kalender. — Literarisches.

Verantwortlicher Redakteur: Wilh. Bod, Götth. Druck u. Verlag von Wilh. Bod u. Co., Götth.

**Bekanntmachung! Bezirk VIII.**

**Meiningen und Provinz Sachsen.**

**Schöbarbeiter-Konferenz** findet am 20. Juni 1920, vormittags 10 Uhr in Weimar statt.

**Tagesordnung:** Beratung über Einführung von Bezirksräten für Beschäftigten sowie für die Provinz Sachsen im Inbald. S. M. W. Sümer.

**Jünger Schuhmacher-Geselle.**

sucht Stellung in besserer Wohnverhältnisse als Bodenarbeiter. Wende mich auch in D. 1000dlicher Arbeit ausbilden. Gebiete Offerten unter A. B. an die Expedition der Fachblätter.

**Jünger Schuhmacher-Geselle** sucht sofort in A. B. an die Expedition der Fachblätter.

**Jünger Schuhmacher-Geselle** sucht sofort in A. B. an die Expedition der Fachblätter.

Unliebsam verspätet! Unserem lieben Kollegen Arno Schneider und Bruno Franke die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung. Zahlstelle Weiba i. Ebr.

Unserem Kollegen Carl Dutt nebst seiner lieben Braut Maria Duffe die herzlichsten Glückwünsche zur Verlobung. Die Kollegen der Zahlstelle Kendsbüra.

Unserem 1. Bevollmächtigten hiesiger Zahlstelle und Betriebsrat-Vorstand Kolb, Johann Wuchta und seiner lieben Braut Marischen zu ihrer goldenen Hochzeit ein donnerndes Hoch!! Für die Zukunft die herzlichsten Glück- und Segenswünsche. Kollegen und Kolleginnen der Schuhfabrik Eobinger & Co., Bielwitz a. G.

Unserem Kollegen Johann Widmann und seiner lieben Braut Rosa zu ihrer goldenen Hochzeit die besten Glückwünsche. Die Kollegen und Kolleginnen der Zahlstelle Schillerbach.

**Nachruf.**  
Unserem verstorbenen Kollegen **Otto Hauer** sichert ein ehrendes Andenken die **Zahlstelle Fahrnan.**